

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/43

4. März 1971

Die Show der CDU

Heck will von den Unionsmängeln ablenken

Seite 1 / 42 Zeilen

Die ersten Reichstagsabgeordneten der SPD

August Bebel und Reinhold Schrapa wurden
vor 100 Jahren gewählt

Von Dr. Wendelin Enders SPD-MdB

Seite 2 / 44 Zeilen

Auch das Schalten muß gelernt sein

Verkehrssicherheit erfordert umfassende
Ausbildung

Von Dr. Hans Apel SPD-MdB

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des
Deutschen Bundestages

Seite 3 und 4 / 51 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn S. Heussallee 2-10
Postfach: 8153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 888 548 886 847
888 848 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Show der CDU

Heck will von den Unionshängeln ablenken

Vor dem Hintergrund einer Partei, in der Führungslosigkeit, organisatorischer Wirrwarr und politischer Alternativenmangel zur gedrängten Tagesordnung gehören, sucht der CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck die Rolle des besorgten Staatsmannes zu spielen, der mit ausgestreckt-zitterndem Zeigefinger auf die "roten Punkte" der SPD zeigt und verhängtigt die Spitze eines sozialistischen Eisberges auftauchen sieht. Man sollte Dr. Heck diese Eilucht nach vorn nun nicht allzu streng ankreiden, denn er und seine Partei brauchen diese Show, um das Interesse der Öffentlichkeit von dem desolaten Zustand ablenken zu können, in dem die Union horizontal und vertikal steckt und aus dem der für solche Aufgaberichtungsverantwortliche Generalsekretär keinen brauchbaren Ausweg findet.

Die SPD hat nicht die Absicht, die eigenen Schwächen hinunterzuspielen. Die vielerlei Probleme, die eine so große Volkspartei beschäftigen und die sie in sich austragen und zu einer Lösung führen muß, liegen der Öffentlichkeit zur Mitbeurteilung vor. Niemand, der nicht politisch arglos oder politisch listig ist, kann sich auf ein Piedestal stellen, von dem aus er sich baß erstaunt über die Tatsache erweist, daß es in einer demokratischen Massenpartei, in die immer neue Mitglieder verschiedenster Herkunft hineinströmen, zu grundsätzlichen, strategischen oder taktischen Divergenzen kommt, die in offenen Diskussionen ausgetragen werden müssen, wobei es, je nach Temperament und Geschick, eben auch Extremäußerungen geben wird und wohl auch muß. Das Godesberger Programm der SPD, das für alle Parteimitglieder verbindlich gilt, ist, woran man manche Leute offensichtlich erinnern muß, auch das Ergebnis harter parteiinterner Auseinandersetzungen gewesen, so denn die Öffentlichkeit damals über lange Zeit hinweg reger und engagierten Anteil genommen hat.

Eine Partei, die vor Jahrzehnten mit ihrem inzwischen schon sagenhaft gewordenen Ablener Programm auf der Position "Mitte-links" angefangen hatte und die sich heute unter dem zwingenden Einfluß der Dregger und Strauß immer rascher in eine zunehmend konservative Grundhaltung hineinbewegt, muß selbst wissen, wie sie in dieser Frustration mit den Problemen der 70er Jahre fertig werden soll. Auf die drängenden und ungeduldrigen Fragen der jungen Generation wird sie so kaum noch brauchbare Antworten finden können, und das jedenfalls wird der Punkt sein, an dem die Entscheidungen der Wähler von morgen fallen werden. Denn aber wird die Heck-Show nichts mehr helfen, und das kann angesichts der Notwendigkeit der demokratischen Sicherung unseres Staatswesens und unserer Gesellschaft nicht eben gleichgültig sein.

see/ee/43.1971/bgr/

Die ersten Reichstagsabgeordneten der SPD

August Bebel und Reinhold Schrappe wurden vor 100 Jahren gewählt

Von Dr. Wendelin Enders SPD-MdB

Vor hundert Jahren, am 3. März 1871, hatte wenige Wochen nach der Reichsgründung die Wahl zum ersten deutschen Reichstag stattgefunden. Wahlberechtigt waren damals alle männlichen Bürger über 25 Jahre gewesen. Diese erste Reichstagswahl brachte eine große Mehrheit für die liberalen Parteien, die mit 302 Mandaten über die Hälfte der 382 Abgeordnetensitze erlangten. Die konservativen Parteien erhielten 94 und das Zentrum 68 Sitze.

An dieser ersten Reichstagswahl hatte auch die noch junge Sozialdemokratische Partei teilgenommen, die sich damit zum parlamentarischen System bekannte. Sie war in der ersten Wahlperiode von 1871 bis 1873 mit zwei Reichstagsabgeordneten vertreten, und zwar mit August Bebel und Rechtsanwalt Reinhold Schrappe. Beide hatten ihr Mandat in direkter Wahl in sächsischen Wahlkreisen gewonnen.

August Bebel war im Wahlkreis 17, Gleichen-Bezirks, mit 1344 Stimmen seinen Gegenkandidaten von den Fortschrittlich-Freisinnigen mit 4679 Stimmen deutlich überlegen gewesen. Im Juli 1872 erlosch durch Gerichtsurteil sein Mandat, weil wegen des bei ihm gefundenen sozialistisch-marxistischen Broschürenmaterials ein Hochverratsprozeß gegen ihn durchgeführt wurde. August Bebel konnte jedoch im Januar 1873 die notwendige Ersatzwahl mit mehr als doppeltem Stimmenvorsprung vor seinen Fortschrittlichen

Reinhold Schrappe hatte 1871 im Wahlkreis 18, Leisnau, mit 5873 Stimmen gegenüber den Fortschrittlich-Freisinnigen Kandidaten mit 5703 Stimmen gesiegt.

Am 21. März 1871 eröffnete Kaiser Wilhelm I. die konstituierende Sitzung des neuen Reichstags, dessen erste große Aufgabe es war, im Zusammenwirken mit dem Bundesrat die Verfassung des Deutschen Reiches zu erarbeiten. Die Parlamentarier mußten Gesetzeswerke in Angriff nehmen, die das Zusammenwirken der Mitglieder des neuen Bundes ermöglichten. Zahlreiche Gesetze des Norddeutschen Bundes wurden in Reichsgesetze umgewandelt, wie das Wahlrechtsgesetz, das Wahlgesetz, die Gewerbeordnung und das Strafgesetzbuch. Ferner wurde ein einheitliches Beamtenrecht, Pensionsrecht und Militärstrafrecht geschaffen, sowie die Reichsfinanzreform verabschiedet.

Die bismarcksche Innenpolitik, der Kulturkampf und die Sozialistenverfolgung brachten zahlreiche schwere Spannungen in das Verhältnis zwischen einzelnen Parlamentsgruppen und dem Kaiser. Trotz aller Verfolgungen konnte die Sozialdemokratische Partei ihren Stimmenanteil aber von Wahl zu Wahl verbessern. Sie verfügte nach der Aufhebung der Sozialistengesetze im Jahr 1890 über 35 Mandate und ging aus der letzten Reichstagswahl vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges mit 110 Abgeordnetensitzen als stärkste Partei hervor.

(-/ex/4.3.1971/ks)

Auch das Schalten muß gelernt sein

Verkehrssicherheit erfordert umfassende Ausbildung

Von Dr. Hans Apel SPD-MdB

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Personenkraftwagen mit Automatikgetrieben spielen in der Bundesrepublik heute und auch in absehbarer Zukunft noch keine Rolle. Die große Mehrheit der auf unseren Straßen rollenden PKW verlangt von ihren Fahrern fortlaufendes Schalten der Gänge. Genau dieser Bedienungsvorgang macht nun aber den Anfängern unter den Autofahrern die größten Schwierigkeiten. Sie können allerdings seit einiger Zeit diesen Schwierigkeiten ausweichen, indem sie ihre Fahrprüfung auf einem Automatik-Fahrzeug ablegen; sie erhalten dannoch einen Führerschein, der ihnen eine Fahrerlaubnis für alle PKW, auch für die mit traditioneller Gangschaltung gibt. Die Fahrschulen sollen daher zwar einen Teil des Fahrunterrichts auf PKW mit traditioneller Gangschaltung erteilen. Weil es sich dabei jedoch nur um eine Empfehlung handelt, ist keine der Fahrschulen dazu gehalten. Der Wettbewerb unter den Fahrschulen wird ein "Übriges tun, um dieser Empfehlung die Wirkung zu nehmen.

So entlassen wir Prüflinge auf unsere Straßen, die nur unzureichend ausgebildet sind. Es ist nicht statistisch zu erfassen, was das für die Sicherheit im Straßenverkehr bedeutet. Der in einem Unfall verwickelte Fahrer wird auch nicht zugehen, daß er mit der Bedienung des Fahrzeuges nicht klar kam und deshalb die Gewalt über sein Auto verlor. Die Erfahrung spricht jedoch dafür, daß gerade bei Anfängern mit Automatik-Ausbildung nach ihrem vollstündigen Umsitzen auf einen "normalen" PKW echte Sicherheitsrisiken auftreten.

Am 1. März haben wir mit der neuen StVO einen wichtigen Schritt zur Harmonisierung der europäischen Verkehrsregeln

getan. Bei der oben dargestellten Lockerung der Fahrprüfung sind wir allerdings den entgegengesetzten Weg gegangen. Nur Belgien öffnet seinen Autofahrern ein, auf einem Automatik-Fahrzeug die Fahrprüfung abzulegen und danach auf allen PKW fahren zu dürfen. Belgien hat aber auch noch einiges nachzuholen und überhaupt erst vor einigen Jahren den Führerschein eingeführt. Vorher konnte sich jedermann ohne amtlichen Nachweis von Fahrkenntnissen ans Steuer setzen.

Alle anderen wichtigen westeuropäischen Staaten beschränken rigors diese Möglichkeit. Sie lassen entweder Fahrprüfungen auf Automatik-Fahrzeugen nicht zu (Dänemark, Schweden, Frankreich, Italien), wobei es für Invaliden Ausnahmegestimmungen gibt. Oder sie beschränken den Automatik-Führerschein ausschließlich auf die Benutzung von Automatik-Fahrzeugen (Großbritannien) bzw. lassen erst nach einjähriger Fahrpraxis (Niederlande) auch das Fahren eines PKW mit konventioneller Gangschaltung zu.

Die neuen bundesdeutschen Regelungen sind das Ergebnis von Erlassen der Bundesländer. Hamburg hat sich, so lange es ging, gewehrt und erst als eines der letzten Bundesländer Automatik-Prüfungen als Voraussetzung für einen allgemein gültigen Führerschein zugelassen. Jetzt muß der Bund dafür sorgen, daß den Erfordernissen der Verkehrssicherheit auch bei den Fahrprüfungen Rechnung getragen wird.

(-/ex/4.3.(97a/bgv)